

Verlag u. Geschäftsstelle
Halle (Saale), Burg 42-44.
Telefon 1047.
Geöffnet von 7 1/2 Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Postkontos: 2093 u. 1010.

Sozialblatt

Schriftleitung:
Halle (Saale), Burg 42-44.
Telefon 1045.
Erscheinung: Nur wochentags
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Drei Bände monatlich 1,75 Mk., vierteljährlich 5,25 Mk.;
durch die Post bezogen monatlich 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.
Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere vorher.

Anzeigenpreis: 25 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 75 Pf.
für Zeile, einschließlich an den dreizehnpaltigen Zeilenzentren

Endloser Notenwechsel.

Paris, 22. Dezember. Die deutsche Mission der Friedenskonferenz hat drei Noten überreicht. Die erste behandelt die Bedingungen für Truppenausparat nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, die zweite behandelt Fragen der gegenseitigen Verhandlungen der Sozialdemokratischen und gibt genaue Angaben hinsichtlich der deutschen Armee, die dritte teilt mit, daß die Nationalversammlung sich von den deutschen Delegierten unterzeichnete Protokoll über Unterzeichnung des Artikels 61 der Versailler Vertrag über die Vereinigung Teils-Oesterreichs mit Deutschland angenommen hat.

Die Entente-Note.

Paris, 22. Dezember. (S. T. W.) Die Führer der alliierten Delegationen unter dem Vorh. von Clemenceau legten den endgültigen Wortlaut der Antwort der Alliierten auf die letzte deutsche Note vor. Die Note wird dem Führer von Verbündeten durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Quinlan, am Dienstag (heute) morgen 10 15 Uhr im Ministerium des Auswärtigen mit einem mündlichen Beilicht überreicht werden. Die Note wird in entscheidenden Tönen gehalten sein und der deutschen Regierung klar die Notwendigkeit zu verstehen geben, daß wenn sie ihren guten Glauben an den Tag legen will, sie das Protokoll von 1. November unterzeichnen müsse. Zumeist wird ebenfalls eine durch die Alliierten angeforderte Unterzeichnung gefordert, daß die verlangte Material nicht mit dem in den deutschen Städten vorfindbaren übereinstimmt, wie dies von den deutschen Marineattachés bestätigt worden ist.

Es wird vermutet, daß Herr von Ferner dieses Dokument nicht ohne Berücksichtigung lassen wird. Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob der Austausch der Ratifikationsurkunden noch im Laufe der letzten Woche des Jahres 1919 erfolgen kann.

Die Auslieferungsliste.

Paris, 22. Dez. Die Auslieferungsliste enthält mehr als 400 ausserlegene Deutsche, darunter in der Mehrzahl Militärpersonen, einen Sohn Wilhelms II., Kronprinz Rupprecht und eine Reihe von Armeeführern. Ingesamt werden von allen Verbündeten der deutschen Regierung 1500 Namen mitgeteilt werden. Die Stellung Wilhelms II. wird außerhalb der Londoner Konferenz geregelt werden, da er durch einen besonderen Artikel des Vertrages in den Anklagezustand versetzt wird.

Der französische Staatssekretär für Militärgerichtsbarkeit wird sich morgen nach London begeben, um mit der englischen Regierung die gemeinsamen Schritte festzustellen, die wegen der Auslieferung der angeklagten Deutschen unternommen werden sollen. Man glaubt, daß auch über die Auslieferung des deutschen Kaisers verhandelt werden soll.

Das Kriegsgericht in Lille erteilt zahlreiche Haftbefehle gegen deutsche Soldaten und Offiziere, die wegen Verbrechen im besetzten Frankreich verhaftet werden. Drei Leutnants und ein Hauptmann wurden in die Bastille von Lille eingeliefert.

Polnisches Auslieferungsbegehren.

Paris, 22. Dez. Dem Fürstentum ist ein Ersuchen der polnischen Regierung zugegangen, betreffend die Auslieferung gewisser deutscher Offiziere und Beamte, die sich während der Besetzung Polens Verbrechen gegen das Völkerrecht schuldig gemacht haben sollen.

Die Ernährungskatastrophe in Deutschland.

Wien, 22. Dez. Um Gegenstoß zu der bisherigen Annahme, daß die von der Entente Deutschlands bewilligten 2000 Tonnen Getreide in Triest bereits in Verladung begriffen sind, erhielt der Staatssekretär für Volksernährung bei seiner Rückkehr aus Paris die Meldung, daß nach Abladung der alten Getreideanschlässe fast vier Tausen in Triest die Verladung vollständig eingestellt sei. Zumeist sind in Triest Hunderte der von den deutschalliierten Heeresgruppen dahin entlassenen Wagnons unbenutzt. Was nun aus Deutschland herbeiführen soll, ist in Dunkel gehüllt. In der nächsten Woche wird wahrscheinlich die Brotmenge abermals herabgesetzt werden. Auch die Kohlenverträge sind nahezu erloschen, mit einem Worte, Deutschland steht vor dem Abgrunde.

Eleg der belgischen Grubenarbeiter.

Brüssel, 21. Dezember. Der Bergarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeitervertreter haben sich mit 45 Stimmenmehrheit entschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Sie haben, wie es heißt, in dem Konflikt den Sieg davon getragen und ihre Forderung nach einer Vorkohlerhöhung von 2 1/2 % nicht durchgedrückt. Zustimmung der von den Grubenbesitzern gestellten Forderungen werden zurückgegeben und auch der Lohn für die Einzelberge ausbezahlt.

Erste Krise in Spanien.

Kopenhagen, 22. Dezember. Wollstein meldet aus Paris: Ueber die Lage in Spanien laufen fortwährend die alarmierendsten Nachrichten ein. Die Krise, die das Land im Augenblick durchmacht, wird als äußerst ernst bezeichnet. Die Ursache der starken Unruhen sei in

der unzureichenden Fütterung und den niedrigen Löhnen zu suchen. Fernere die Situation in Barcelona gilt als hoffnungslos. Bombenattentate auf den Landeshauptmann. Der Polizeipräsident von Valencia wurde ermordet. Die politische Situation des Landes gilt als außerordentlich verzweifelt. Die Partei umstände sei, sich am Ende zu halten. Selbst der verlor so Einfluss des Königs sei nicht mehr laizistisch, eine nationale Sammlung herbeizuführen.

Es gärt im industriellen Westen.

Die Bergarbeiter kündigen den Lohnstreik.

Wahm, 22. Dez. (S. T. W.) Die vier Bergarbeiterverbände kündigen am 25. Oktober 1919 abgefallenen Lohnstreik. Sie erfordern den Lohnverhöhen, bis 31. Januar 1920 einen neuen Tarif auf der Grundlage höherer Löhne mit ihnen abzuschließen.

Die bürgerliche Presse läßt sich aus dem industriellen Westen melden:

„Die Kohlenlage im Osten hat sich, wie wir erfahren, weiter verschärft. In der Arbeiterstadt gärt es. Gekochen fanden im Osten große Demonstrationen statt. Die Lage ist sehr ernst. Wenn es nicht möglich ist, die Großindustriebetriebe baldmöglichst mit den nötigen Kohlen zu versorgen, wird es notwendigerweise zur Einstellung dieser Betriebe kommen müssen und dadurch zu großer Arbeitslosigkeit.“

Die Winterkrise beginnt sich im industriellen Westen fühlbar zu machen. Sie wird verschärft durch die unerhörte Sabotage des Unternehmertums, die namentlich im Rheinpalast geübt wird.

Die offiziöse Deutsche Allgemeine Zeitung hat erst unlängst festgestellt, daß die Kohlenförderung wieder auf 60 Prozent der Förderung von 1918 anzuheben ist. Dieser Bericht der außerordentlichen Kohlenmangel im Rheingebiet selbst, was auf den Heiden noch bekräftigende Vorläufe liegen? Es handelt sich um eine bewusste Sabotage der Wirtschaft durch die Unternehmer. Die selbst die letzten Reserven abstreifen und die Arbeiterkraft gänzlich nicht einbringen wollen. Die exponierte Arbeitslosigkeit trifft die Arbeiterstadt ungeheuer hart. Für die anstehenden Tage wird weder 9 noch 10 Arbeitslosenunterstützung, noch Entscheidung ergoßelt.

Rein Wimmer, wenn die Stimmung im Westen wieder kritisch wird. Die Arbeiterkraft spielt mit aller Ödite die Folgen der Veränderung der Sozialstruktur durch die Regierung. Sie wird weiter gereizt durch das Vertriebsverbot, das ein Verbot ist auf die Vertriebskräfte, um die die Arbeiter im Westen unter großen Opfern gekämpft haben. Die Waffen demonstrations, die am Freitag in Essen gegen das Vertriebsverbot stattfand und mit dem Ausfall der Nachmittagsarbeit auf den Boden versetzt war, ist ein Stimmungswort. Nicht umsonst spricht die bürgerliche Presse vom Ernst der Lage, nicht umsonst spricht der Regierungskommissar Geering wieder von „schlimmen Maßnahmen“.

Alle Forderungen der Arbeiter vom Februar und April tauchen wieder auf. Es wäre ein schwerer Schlag für die revolutionäre Bewegung, wenn die Arbeiter des Westens sich durch das Unternehmertum abermals zu einem erschöpfenden Teufelslauf treiben ließen, wenn sie sich dem Einheitsaktivismus erneut in die Arme werfen würden, anstatt aus den Erfahrungen der Kämpfe dieses Jahres zu lernen, daß nur eine einheitliche, über ganz Deutschland hinweggeführte organisierte Bewegung mit sozialistischen Zielen den Anführer und die Kraft des Unternehmertums brechen kann.

Am die Sozialisierung der engl. Bergwerke.

Die Kopenhagener Zeitung Wollstein meldet aus London: Lord George wurde in einer längeren Audienz vom König empfangen. Wie bekannt, hat die Arbeiterpartei die Forderung, im Januar eine großangelegte Kampagne für die Sozialisierung der Bergwerke einzuleiten. Sollte die Regierung die Forderungen der Arbeiter nicht annehmen, so werden diese über die Kohlen durch Zwangsmaßnahmen, also durch den Generalstreik, erzwingen. Die Antwort der Regierung auf die Herausforderung der Arbeiter wird jedoch die Auflösung des Parlamentes und die Ausarbeitung von Neuwahlen am Beginn des Februar sein.

Die italienischen Sozialisten im Parlament.

Die italienische Partei hat bei den Wahlen einen Misserfolg erlitten und ihre Mandatszahl von 52 auf 156 erhöht. Der Sozialismus hat sich demnach von 20 auf 10 Sitzen im Parlament vermindert. Die Diskussion der Richtlinien für die neue Legislaturperiode stattfanden. Es wurde beschlossen, die Politik der Unberücksichtigung und der revolutionären Tendenzen zu betonen. Die bescheidenen Reformer sollen im Verlaufe der Diskussion fortwährend Gegenstand hervorgehoben, daß absolute keine Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Christlichen besteht. Die vorerwähnten Reformer hätten einen revolutionären Inhalt und sie könnten nur von einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden. Die sozialistischen Reformer sollten ihre Ideen mit der feierlichen Erklärung der Unberücksichtigung ablehnen. Sie werden zu betonen, die parlamentarische Tätigkeit zu kommen, um Verhandlungen zu provozieren, die nach der Bewusstheit der Sozialisten einen noch größeren Erfolg bringen sollen, als die Wahlen vom 16. November.

Gegen den Einheitsaktivismus. Der Babilone Staatsminister erhebt in einer offiziellen Rede in London einen heftigen Einspruch gegen den in der preussischen Landesversammlung einmündigen Antrag der Bergarbeiterpartei auf Schaffung eines Einheitsrates.

Taktische Fragen.

II.

Die andauernde Erhaltung der Preise aller Waren, bezieht sich auf die fortgesetzte Unterwerfung des Geldes zwingt die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien, den trotz gleichmäßiger Steigerung in seiner Kaufkraft stetig sinkenden Reallohn, der gegenüber einer fünf- bis achtmaligen Preissteigerung durchschnittlich eine nur zweieinhalbfache Erhöhung erlitt, einzugestehen die zu ihrer Ungunzt sich verändernden Lebensverhältnisse anzupassen. Das Unternehmertum aller Branchen, das sich glänzend organisiert und zusammengeschlossen hat, bräut sich gegen diese Vorkohlerhöhung, die nach dem kapitalistischen Preisbildungsgezet eine weitere Preissteigerung der Preise bedeutet. Dennoch müssen die Wirtschaftler fortgesetzt in Lohnbewegungen eintreten und so eine weitere, unaufrichtliche Preisbewegung des Wirtschaftens herbeiführen. Der Staat als Nachfrager der herrschenden Klasse, der am Bestehen und Erhalten der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung interessiert ist, sieht sich auf diesem Grunde genötigt, in diese Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen, selbstredend zugunsten der ersteren. Will er auch der Wirtschaft die notwendigen Staatsausgaben herausgeben, so gebraucht er eine gewisse Stetigkeit in der Oekonomie. Die Unternehmer appellieren aber nicht vergebend an seinen Schutz, wir brauchen hier nur zu verweisen auf die Organisation einer staatlichen Streikbrechergesche, die sogenannte „Reduktion des Reallohn“, die Abschaffung eines Gewerkschaftsgerichtes, des gerichtlichen Streikverbotes u. a. Die notwendige Folge hieraus ist, daß sich die gewerkschaftlichen Kämpfe immer mehr zu Nachfrämpfen grupieren, also sich zu politischen Kämpfen umgestalten, daß eine bedeutende Verschärfung der Klassenengegenseite und auch eine Mobilisierung beruhen Arbeiterbewusstseins eintritt, die bisher und selbst nach am 9. November 1918 dem Klassenkampf-Geheulen kein, ist schließlich gegebenwerden.

Da aber die weltlichen Klassenverhältnisse die Ausdrucksform der wirtschaftlichen sind, so müssen sich naturgemäß die oben geschilderten Schwierigkeiten auch widerspiegeln in der Regierung als der Repräsentant in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nach herrschenden Bourgeoisie.

St aber etwa die Situation dieser, von den drei Klassen gebildeten Regierung als eine gelungene anzupreisen? Das wird wohl heute niemand zu behaupten wagen angesichts der sich gerade in den letzten Wochen in der Hauptstadt abspielenden Szenen, der Vorgänge im Untersuchungsamtshaus, des anhaltenden und immer selbstbewusster auftretenden Unzufrieden und seiner Offiziersklasse. Diese Revolutionsregierung, zusammengesetzt aus den Vertretern des Geldes, der Polizei und den imperialistischen Sozialreformen konnte sich gegen die sie bedrohende Revolution nur dadurch behaupten, daß sie an die Vertreter der Monarchie, des Agrarierums zur getauelten Niederbützelung der sie von links bedrohenden revolutionären Arbeiterkraft appelliert und dadurch denjenigen zu Recht und Einfluß verhalf, die zu geringem Grade die Politik der Fügung und den monarchistischen Rückzugsweg wählten. Dabei ist zu beachten, daß die Sozialreformer als Vertreter des Landbesitzes, des Agrarierums, keineswegs in ähnlicher Weise unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, wie Industrie- und Großkapital. Die Quelle ihres Reichtums ist der Grund und Boden, der an Wert enorm zugenommen hat, ihre Produkte setzen sie zu hohen Preisen auf und verkaufen sie auf dem von der ausländischen Konkurrenz durch den hohen Kalkulationslaun des drohenden deutschen Markt ab.

Zweifellos wäre die Reaktion, die so die ganze moderne Arbeitsbewegung beherzt und fast allein darüber vertritt, bereits fast genug, den Wunsch zu wagen. Wenn sie es dennoch bis jetzt nicht dazu kommen ließ, so wohl mit dem, weil die Herren schon genug sind, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation zu überdauern und es darum voranziehen, hinter den Kulissen die Macht wohl in Händen zu haben, offiziell aber die gegenwärtigen Regierungsparteien die Verantwortung dafür tragen lassen. Bedächtig ist in dieser Auffassung besonders durch die bergigen außerpolitischen Schwierigkeiten werden sein, die viel mehr in der Auslieferung der Schulden an Weltfriede und an den begangenen Grausamkeiten, als in der Erhaltung von 400 000 Tonnen Schiffstamm für die in Europa Blau gefärbte Flotte zu finden sein.

Darum aber hat die Reaktion keineswegs schon kapituliert, wenn sie auch bereits ist, ein die jetzige Regierung die Hauptverantwortung auszuweisen zu lassen. Das weiß die Regierung auch sehr wohl, und kann das nicht ernsthaft begehren, weil sie ja auf den Parlamenten ist, die diese letzte Reaktion zu ihrem „Schutz“ bereit hält; das wissen vor allem die regierenden Rechtssozialisten, und darum ist in den letzten Wochen wieder lautes geordneter Appell an die „Einigung des letzten Parlamentes“!

Rechtlich wird diese Karole gerade jetzt, angesichts der fürchterlichen Entschlüsse im Marchoffprozeß, angesichts der Aufhebung der „Verbindungen“ einflussreicher rechtssozialistischer Führer mit Marx und wohl kein williges Ohr finden. Aber wenn auch die revolutionäre Arbeiterkraft keineswegs gewillt ist, für Scheidemann und seine kompromittierten Genossen das Schwert zu ergreifen, so ist sie dennoch erbenwogen bereit, die kriegerischeren Militärpartei wieder Kampflust in die monarchistische Plutokratie aufzurufen zu lassen. Die offene Militärreaktion würde dann an den Reichstag tragen Parlamenten und Reichsregierungen nicht zu dem Kampf helfen können. Und wenn dann das Parlament in dem Kampf der um die Macht ringenden Parteien eingreifen würde, dann genügt nicht darum, um dem Scheidemann wieder die







Aus der Provinz.

Dann werden die U. S. P.-Arbeitsräte beschickt?

Der Freitag des Kreises Liebenwerda wählte in seiner ersten Tagung in rechtlicher Form, ohne das von irgendeiner Seite gegen diese Wahl etwas einzuwenden gemeldet wäre, fünf neue Arbeitsräte...

Die Arbeitsräte wählten, um wenn die Beschäftigung sinkt, und wo es notwendig ist, die Arbeiter der Liebenwerdaer Textilfabrik zu beschäftigen...

Aus dem Kreisstag des Kreises Liebenwerda.

Am Sonnabend fand unter großer Spannung der Kreisstag statt. Es waren sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme eines U. S. P.-Vertreters...

Die Arbeitsräte wählten, um wenn die Beschäftigung sinkt, und wo es notwendig ist, die Arbeiter der Liebenwerdaer Textilfabrik zu beschäftigen...

Nach langer Debatte über die Aufhebung des Kreisfachschaftsbaus, wo eine Abänderung des Kreisfachschaftsbaus ihre Forderungen betrat...

Dann kam ein Antrag auf Freilegung der Kaiserbilder und Wäpfen aus dem Kreisarchiv zur Beratung, der von beiden sozialdemokratischen Fraktionen gestellt war...

Redneran. Stadtbürgermeister. Für die Jahresrechnung 1916 und 1917 wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wirtschaftseinstellung wurde in der von der Stadtverwaltung beschlossenen Form angenommen...

Stadtr. Eine schwere neostolmische Pluttat wurde hier am Sonntag, den 14. Dezember von zwei Landesjägern, die ungefähr im Alter von 18-19 Jahren hatten, begangen...

mit Stroh und Holz beheizt, um Fenster hinaus, um sich im Hof zu verhalten, bis die Sonne auf den Hof schien...

Stadtr. Wer gibt Kaffeeersatz? Die Zeit des Schneefallens ist wieder gekommen. Da hätte es die beste Waffe untersucht sein, zu erfahren, wie bei der Beschaffung der Schokolade verfahren wird...

Stadtr. Stadtbürgermeister. Die Beschaffung des Genossenschafts durch den Stadtrat ist von der Regierung erfolgt. Der erste Bürgermeister Dr. Hellwig weist in seiner Einleitung...

Stadtr. Antrag sofort einen Austritt aus der Landeskirche. Das Eisenacher Genossenschaftsamt hatte am Sonnabend eine Versammlung einberufen, in der Genossenschaftler...

Stadtr. In der Stadtbürgermeisterung sind in der Sitzung vom Sonntag, den 14. Dezember, die Angelegenheiten der Eisenacher Genossenschaft...

meter feierlich. In der Stube hatten die Arbeiter wieder hart gearbeitet, als Genossen die Gleichstellung der Arbeitervereine mit den Gewerkschaften fertig abgemacht und den ersten der vollgestellten Maßgebungen...

Liebenwerda. Die Gründung eines Kreisfachschafts wurde in einer Sitzung am Sonnabend in Liebenwerda im Brinzip beschlossen. Vertreter aller Parteien des Kreises...

Stadttheater.

Tristan und Isolde. Von Richard Wagner. Spielleitung: Leopold Sadek. Multifaktielle Leistung: Fritz Wolff. Amelienommentende ist, Tristan und Isolde ist für Ausdruck...

Tristan und Isolde. Von Richard Wagner. Spielleitung: Leopold Sadek. Multifaktielle Leistung: Fritz Wolff. Amelienommentende ist, Tristan und Isolde ist für Ausdruck...

Stadtr. In der Stadtbürgermeisterung sind in der Sitzung vom Sonntag, den 14. Dezember, die Angelegenheiten der Eisenacher Genossenschaft...

Advertisement for Gummibonbons. Includes an illustration of a woman's face and the text 'Gummibonbons' and 'C. Klappenbach, Große Ulrichstraße Nr. 41.'

